Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 56 (1976-1977)
Heft: 5

Artikel: Frankreichs Europapolitik : Abschied vom Gaullismus?
Autor: Loth, Wilfried
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163200

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WILFRIED LOTH

Frankreichs Europapolitik

Abschied vom Gaullismus?

In nunmehr über 25 Jahren Geschichte der europäischen Einigung hat sich das nationalstaatliche Denken und Handeln in Europa als weitaus stärker erwiesen, als dies die Pioniere der europäischen Einigungspolitik nach dem Zusammenbruchserlebnis des Zweiten Weltkriegs angenommen hatten. Die aus dem Widerspruch zwischen Einigungswillen und nationalstaatlich orientierten Erwartungshaltungen resultierende Dauerkrise der Europäischen Gemeinschaft kann indessen nur überwunden werden, wenn eine breite Mehrheit der politischen Kräfte in Europa trotz aller fortbestehenden Interessengegensätze zu der gemeinsamen Überzeugung gelangt, dass die nationalstaatlichen Ansprüche am europäischen Gesamtinteresse relativiert werden müssen, dass politische Probleme im europäischen Zusammenhang gesehen und bearbeitet werden müssen. Ein solcher innereuropäischer Grundkonsens ist notwendiger denn je, seit in Europa nicht mehr die Früchte eines kontinuierlichen wirtschaftlichen Wachstums, sondern die Lasten einer unvermeidlich gewordenen Rezession zu verteilen sind, und seit die USA die weitere Einigung des alten Kontinents nicht mehr fördern, sondern eher fürchten.

Vor diesem Hintergrund wird es für die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft entscheidend sein, ob und wie in Frankreich das Erbe des aussenpolitischen Gaullismus bewältigt wird: Stärker als in anderen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft hat in Frankreich die prägende Gestalt General de Gaulles den überkommenen Nationalismus reaktiviert und konserviert; stärker als die Politik anderer Mitgliedsstaaten prägt die französische Europapolitik Zielsetzung und Formen der Gemeinschaft.

Gaullismus in Neuauflage

An Hütern des gaullistischen Erbes mangelt es auch unter dem ersten nichtgaullistischen Präsidenten der V. Republik nicht: Seit der Europäische Rat in Rom im Dezember 1975 das Datum der Direktwahlen zum Europäischen Parlament auf 1978 festlegte, suchen *Michel Debré*, geistiger Vater der V. Republik und langjähriger Premier und Minister, und *Alexandre*

Sanguinetti, der ehemalige Generalsekretär der UDR, eine «neue Widerstandsbewegung» gegen den Ausverkauf der französischen Unabhängigkeit zu organisieren. Für sie gilt es wie seit 30 und 50 Jahren, Frankreich den Rang einer der ersten Grossmächte in der Weltpolitik zu sichern: «Wenn Frankreich nicht mehr gross wäre, wäre es nicht mehr Frankreich. Das wichtigste Element der Grandeur ist es, zu existieren, sich nicht zu unterwerfen.» Die Nation ist ihnen die unveränderliche Grundkraft der Geschichte, ein starkes Nationalgefühl Voraussetzung für die Bewältigung der Krisen der westlichen Demokratien. «Die Freiheit beginnt mit der Unabhängigkeit. Kein Volk kann frei sein, das nicht unabhängig ist.» Die nationale Souveränität zu schützen, ist darum höchstes Gebot der nationalen Politik.

Bedroht werden Grösse und Unabhängigkeit Frankreichs laut Debré und den Anhängern des traditionellen Gaullismus durch dreierlei Gefahren: die amerikanischen Versuche, Frankreich in den Hegemoniebereich der USA einzubinden, die wachsende wirtschaftliche und damit auch politische Übermacht der Bundesrepublik Deutschland auf dem europäischen Kontinent und, beides endgültig sanktionierend, das Bestreben, Frankreich in einem Vereinten Europa aufgehen zu lassen. «In der Idee eines supranationalen Europas liegt eine ausserordentliche, ja tödliche Gefahr für die drei einzigen Nationen Europas, die den Namen Nation verdienen: Grossbritannien, Spanien und Frankreich.» Gäbe es eine europäische Regierung und ein europäisches Parlament, würde Frankreich «jedes Bewusstsein seiner selbst und jede Existenzberechtigung verlieren.» Mehr noch: «Wenn der europäische Turm zu Babel schliesslich steht, und die Bundesrepublik mit der DDR die deutsche Einheit wiederherstellt ..., dann befinden wir uns unvermittelt an der Seite der zweiten Weltmacht.» Schliesslich: «Die Bundesrepublik ist nicht europäisch, sondern amerikanisch»; ein geeintes Europa ist daher nur als «Protektorat der USA» denkbar. Gegen eine gemeinsame Politik der europäischen Nationen haben die Altgaullisten nichts einzuwenden, solange sie nur aus der regelmässigen Konsultation der Regierenden hervorgeht, vor allem dann nicht, wenn die Nachbarnationen dazu beitragen, das Gewicht Frankreichs in der Weltpolitik zu stärken. Die im Tindemans-Bericht enthaltenen Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft jedoch bekämpfen sie als «absolut inakzeptablen» Versuch, «die Autonomie der französischen Diplomatie und die Unabhängigkeit seiner Verteidigung abzuschaffen», die Direktwahl zum Europäischen Parlament als «Komplott zur Liquidation der nationalen Souveränität und der Einheit der Nation»[1].

Instinktiv spüren die Anwälte eines exaltierten Nationalismus, dass das Zeitalter der Nationalstaaten in Europa vorbei und die europäische Inter-

dependenz bereits Realität ist; daher die Aggressivität und Verbitterung in ihren Äusserungen; daher aber auch der Mangel an einem offensiven Konzept. Die Ängste, die die amerikanische und die deutsche Stärke hervorrufen, sind gewiss übertrieben, weil sie bei den Partnerstaaten das gleiche absolut nationalegoistische Verhalten voraussetzen, das die Altgaullisten für sich selbst beanspruchen; es lässt sich freilich nicht leugnen, dass die amerikanische und die deutsche Wirtschaftsmacht tatsächlich zunehmend auf Frankreichs Entwicklung Einfluss nehmen und, zumal die USA und die Bundesrepublik durch gemeinsame Sicherheitsinteressen eng verbunden sind, Frankreichs Abhängigkeit vergrössern. Über das «Nein» zu jeder Veränderung des europapolitischen Status quo hinaus gibt der traditionelle Gaullismus jedoch keine Antwort auf die Frage, wie Frankreich dem amerikanischen und deutschen Vordringen denn begegnen könne, wie seine Grösse und Unabhängigkeit heute noch zu schützen seien.

Auch *Michel Jobert*, der als langjähriger Intimus und letzter Aussenminister Pompidous heute in Frankreich mit seinem «Mouvement des Démocrates» eine aufgeklärte Variante des Gaullismus ausserhalb der UDR vertritt, führt hier nicht weiter. Von dem gleichen Misstrauen gegenüber den USA und der Bundesrepublik erfüllt wie Debré und Sanguinetti, aber nüchterner in der Einschätzung der verbliebenen Möglichkeiten Frankreichs, fordert er nicht so sehr ein unabhängiges Frankreich als vielmehr ein unabhängiges Europa: «Es gilt, allen und zuvorderst uns selbst die Fähigkeit Europas unter Beweis zu stellen, in der nächsten Zukunft eine Rolle zu übernehmen, die den unzähligen Anstrengungen ebenbürtig ist, die alle seine Söhne auf unzähligen Gebieten unternommen haben – in dem berechtigten Wunsch, Europa mehr Ehre teilwerden zu lassen, als es, aufmerksam, diskret und kaum störend, in seinem gegenwärtigen Aschenbrödeldasein erfährt.» Jobert plädiert für die Schaffung einer «Entité politique» Europas, für eine gemeinsame europäische Verteidigung, für eine gemeinsame Energiepolitik, Luftfahrtpolitik, Umweltpolitik usw. Wie eine gemeinsame Politik Europas zustande kommen soll, sagt er allerdings nicht. Für konkrete Einigungsinitiativen wie die Direktwahl zum Strassburger Parlament hat er nur ein Achselzucken übrig; nötig sei vielmehr zunächst, dass sich die Europäer ihrer «vocation mondiale» bewusst würden und den Willen zu ihrer Freiheit entwickelten[2].

Europäische Unabhängigkeit ist für Jobert Voraussetzung für die Schaffung europäischer Organe, während sie doch tatsächlich nur deren Folge sein kann. Seine Weigerung, Europa mit Mitteln auszustatten, die seine Unabhängigkeit sichern können, macht deutlich, dass er im Bewusstsein der europäischen Interdependenz lediglich die Massstäbe und Methoden des französischen Nationalismus auf die europäische Ebene überträgt, be-

wusst oder unbewusst von einer Identität französischer und europäischer Interessen ausgeht und damit de facto die Anlehnung der europäischen Partner an die aussenpolitische Linie Frankreichs verlangt. Auch «aufgeklärt» blockiert der Gaullismus jeden tatsächlichen Fortschritt in der europäischen Einigung.

Unterstützt wird der altgaullistische Feldzug gegen europäische Supranationalität von Frankreichs Kommunisten – mit nahezu den gleichen Argumenten, der gleichen Intensität und der gleichen Aggressivität. «Alles, was national ist, ist unser», verkündete PCF-Generalsekretär *Georges Marchais* vor dem 22. Parteitag der französischen Kommunisten Anfang Februar 1976. «Wir werden uns dem Plan Giscards widersetzen, unser Land in einem neuen Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und atlantischer Bindungen aufgehen zu lassen, selbst dann, wenn es von dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt regiert wird.» Es sei «gefährlich, das Schicksal Frankreichs an den so aggressiven deutschen Imperialismus zu knüpfen»; darum sei die Direktwahl des Europäischen Parlaments «ein Verbrechen gegen Frankreich, gegen sein Volk[3]». So heftig sich Gaullisten und Kommunisten auf der innenpolitischen Szene gegenseitig als «Faschisten» bekämpfen, so nachdrücklich und offen arbeiten sie in Fragen der Aussenpolitik zusammen. Bald, so kommentierte der «Nouvel Observateur», werden die Gaullisten die letzten Stalinisten, die Kommunisten die einzigen wahren Franzosen sein[4].

Die unheilige Allianz rechter und linker Nationalisten datiert seit den Anfangsjahren des Kalten Krieges: Die gaullistische Politik relativer Unabhängigkeit von den USA und definitiver Blockierung des europäischen Integrationsprozesses entsprach stets den Interessen der UdSSR an einer Verringerung des amerikanischen Einflusses und an einer Schwächung der Staaten im europäischen Vorfeld ihres Machtbereiches; Internationalismus mit Treue zur Sowjetunion identifizierend unterstützten die französischen Kommunisten daher die Politik de Gaulles. «Die Kommunisten in Frankreich führen ihre Aktion zugunsten einer Machtergreifung de Gaulles nicht irrtümlich oder zufällig durch», prophezeite Léon Blum, der «grand old man» des französischen Sozialismus, schon 1948, «sondern in Übereinstimmung mit den Befehlen und den vorausberechneten Plänen Moskaus. Die Moskauer Machthaber drängen de Gaulle ganz bewusst und überlegt an die Macht, nicht um ihn in siegreicher Gegenoffensive bald danach wieder zu verjagen, sondern damit er an der Macht bleibt und den Moskauer Plänen mit grundsätzlicher Feindschaft gegen die amerikanische Politik, gegen den Marshallplan, den Zusammenschluss des Westens, die europäische Föderation dienen kann. De Gaulle ist heute, ob er es ahnt oder nicht, ob er es will oder nicht, der Protégé Stalins[5].»

Aus dem anfänglich vorwiegend instrumentalen Nationalismus der PCF ist jedoch inzwischen ein originärer geworden, der im Unterschied zur Entwicklung in Italien offensichtlich den Ablösungsprozess des westeuropäischen Kommunismus von der sowjetischen Bruderpartei überdauert: Politisch im Getto lebend, fanden die Kommunisten in der Identifikation mit dem Nationalismus jakobinischer Tradition einen Ersatz für mangelnde gesellschaftliche Integration; als Vertreter des «besseren», revolutionären Frankreich hofften sie ihrem selbstgestellten Anspruch gerecht werden zu können, Avantgarde der Arbeiterklasse und des Volkes zu sein. Mit der Berufung auf die nationalen Werte und dem Nachweis nationaler Zuverlässigkeit ist ihnen – in zwei Etappen, in der Résistance und 30 Jahre später in der Linksunion mit den Sozialisten – der Ausbruch aus dem Getto der Gegengesellschaft gelungen; die gleichzeitige zögernde Emanzipation vom sowjetischen Vorbild hat ein ideologisches Vakuum geschaffen, in dem die Identifikation mit der Nation traditionellen Zuschnitts nun um so stärker Platz greift. In dem neuen Konzept des «Sozialismus in den Farben Frankreichs», das den revolutionären Prozess als Summe von Mehrheitsentscheidungen der Franzosen definiert, ist sozialistischer Internationalismus allenfalls noch sentimentale Reminiszenz, aber keine prägende Wirklichkeit mehr. «Es gibt», so Jean Kanapa, im Politischen Büro der PCF für aussenpolitische Fragen zuständig, «keinen Sozialismus ohne nationale Züge[6]».

Wachsender Realismus

Indessen: Die Kampagne der alten und neuen Jakobiner gegen den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft findet im Frankreich des Jahres 1976 nicht mehr das gewohnte Echo – selbst in den eigenen Reihen nicht. Trotz der Attacken Debrés und Marchais' befürworten nach Meinungsumfragen vom Januar 1976 63% der Franzosen die Direktwahl zum Europäischen Parlament, darunter 60% der UDR-Wähler und sogar 64% der PCF-Wähler. Von den Mitgliedern der UDR unterstützen nicht mehr als 20 bis 30% die Aktion Debrés und Sanguinettis[7]. In der UDR stösst der Nationalismus auf wachsende Indifferenz, in der PCF auf gegenläufige Tendenzen.

Die Kommunisten stehen in der Europafrage unter dem zweifachen Druck ihrer italienischen Bruderpartei und ihres sozialistischen Bündnispartners. Will man in Europa sozialistische Strukturen verwirklichen, so lautet der Kern ihrer Argumentation, ist angesichts der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen nicht nur eine enge Zusammenarbeit aller sozialistischen Kräfte Europas notwendig, sondern auch eine

Stärkung der Europäischen Gemeinschaft als Voraussetzung für ihre Unabhängigkeit, die freilich stets nur, solange es der Stand der Entspannungspolitik nicht anders zulässt, eine relative Unabhängigkeit im Rahmen der NATO sein kann. Diese Argumentation der proeuropäischen Partner findet in der PCF neben dem unreflektiert-emotionalen oder auch auf den Gewinn ehemals gaullistischer Wählerstimmen zielenden Nationalismus zunehmend Gehör – überall dort, wo eine Regierungsübernahme der kommunistisch-sozialistisch-radikalen Koalition und der Beginn des Übergangs zum Sozialismus ernsthaft ins Auge gefasst werden.

Noch im Parteiprogramm von 1971 fand sich die PCF lediglich dazu bereit, EWG und NATO als Fakten hinzunehmen, die man nicht einseitig aufkündigen kann. Im Gemeinsamen Regierungsprogramm von 1972 musste sie dann den Sozialisten erstmals zusichern, «sich am Aufbau der Europäischen Gemeinschaft, an ihren Institutionen und an ihrer gemeinsamen Politik» beteiligen zu wollen. Im Schlussdokument des Parteitages von 1976 bekundete sie darüberhinausgehend selbst ihre Bereitschaft, «für den Aufbau eines demokratischen, friedlichen und unabhängigen Europas, eines Europas der Arbeiter einzutreten», und dies sogar «mit Nachdruck». Auch wenn die Gestalt dieses «Europas der Arbeiter» noch ziemlich im dunkeln blieb und das Bekenntnis zur Gemeinschaftspolitik von der Einschränkung begleitet wurde, die französische Entscheidungsfreiheit müsse natürlich gewahrt bleiben: Hier kündigt sich innerhalb der kommunistischen Parteiführung unter der Einheitsfassade des «demokratischen Zentralismus» ein neuer Realismus in der Beurteilung der Europäischen Gemeinschaft an, der langfristig gesehen mit den nationalistischen Parolen unvereinbar ist [8].

Bei den Gaullisten haben Kräfte des liberalen Flügels den Widerspruch zwischen Unabhängigkeitsforderung und national-staatlichem Souveränitätsdogma entdeckt. «Wer Europas Unabhängigkeit fordert, bevor es die dazu nötigen Mittel hat», argumentiert der frühere UDR-Generalsekretär Albin Chalandon gegen Debré, «zäumt das Pferd von hinten auf. Der Wille zur Unabhängigkeit kann nicht Wirklichkeit werden, solange es keine politische Realität Europas und keine eigene Verteidigung gibt.» Wie schon Jacques Chaban-Delmas im Herbst 1973, fordert Chalandon daher «eine Autorität, die für die einzelnen beteiligten Staaten in den lebenswichtigen Fragen schnell und gut entscheiden kann»; die Direktwahl zum Strassburger Parlament begrüsst er ohne Einschränkungen als «ersten Schritt zur Politischen Union [9]».

Die Mehrheit der Partei schwankt zwischen solchen Einsichten, nostalgischem Festhalten am traditionellen Dogma und der koalitionspolitischen Sorge, einen Affront mit dem Staatspräsidenten in der Europafrage zu vermeiden. So fordert das «Mouvement pour l'indépendance de l'Europe»,

dem unter dem Vorsitz des UDR-«Barons» Olivier Guichard prominente Gaullisten wie Alain Peyrefitte, Pierre Messmer und Maurice Schumann angehören, und das unter dem Vorsitz Sanguinettis 1973/74 noch strikt über die Einhaltung der nationalstaatlichen Souveränität wachte, nun ebenfalls die Direktwahl als Mittel, «die Europäer an ihr Zusammenleben zu gewöhnen» – allerdings unter dem angesichts des Diskussionsstandes im Europäischen Rat utopischen Vorbehalt, die Wahl müsse in allen Mitgliedsländern am selben Tag und nach dem gleichen Verfahren stattfinden[10]. Diese dilatorische Taktik der «Barone» der UDR kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass selbst in der Heimatpartei des Gaullismus die Diskussion über die Grundsätze gaullistischer Aussenpolitik in Gang gekommen ist und die Front ihrer Verteidiger abbröckelt.

Drängen auf ein Changement

Grünes Licht also für ein *Changement* in der französischen Europapolitik, wie es Giscard d'Estaing im Präsidentschaftswahlkampf 1974 angekündigt hat? Für die Planer im Kreis der Unabhängigen Republikaner und der reformatorischen Gruppen ist die «relance européenne» eine der grossen historischen Aufgaben der Präsidentschaft ihres Kandidaten. Michel Poniatowski begründet die europapolitische Doktrin der Giscard-Anhänger in neoliberal-marktwirtschaftlicher Tradition mit dem Versagen der Nationalstaaten vor den Problemen der gegenwärtigen Wachstumskrise: «Allein die europäische Ebene wäre in der Lage, einen Kapitalmarkt und ein Technologiepotential zu liefern, die diesen Problemen angemessen wären. Wenn das Europa des Überflusses einige Schwierigkeiten hatte, das Licht der Welt zu erblicken, so ist das Europa der Notwendigkeit heute ein Gebot allerersten Ranges.» «Die Nationalismen jeglicher Couleur stossen heute an ihre Grenzen. Die Länder, die das nicht sehr bald begreifen, riskieren die unerbittliche Aushöhlung ihrer Unabhängigkeit zu erleben.» Das Ziel einer europäischen politischen Autorität soll daher so rasch wie möglich mittels einer Doppelstrategie angegangen werden: Über die Direktwahl des Europäischen Parlaments soll ein europäisches Gemeinschaftsbewusstsein entstehen und damit eine Reduzierung des Einstimmigkeitsprinzips im Europäischen Rat ermöglicht werden; über die Vergrösserung der Entscheidungsfähigkeit des Rates soll wiederum das Gemeinschaftsbewusstsein gestärkt und die Demokratisierung der Gemeinschaft bis zur vollen legislativen Kontrolle fortgeführt werden[11].

Die Sozialisten, in der Linksunion mit den Kommunisten zur stärksten Partei des Landes aufgestiegen, unterstützen die «relance européenne» des Zentrums. In der Einigungspolitik, erklärte Mitterrand, «unterstützen wir

jeden Schritt nach vorn, auch wenn unsere Zielsetzungen weiterreichen oder sich sogar von den Zielen unserer Partner unterscheiden.» Dass die europäischen Staaten einen hohen Grad an Interdependenz erreicht haben, dass der Kapitalismus nicht im engen Rahmen einer Nation überwunden werden kann, dass europäische Einigung partiellen nationalstaatlichen Souveränitätsverzicht voraussetzt – diese Einsichten haben in der PS eine langjährige Tradition. Durch die Rückkehr der französischen Sozialisten zu einem auf Systemüberwindung zielenden Strategieansatz seit Anfang der siebziger Jahre ist zwar ihre Distanz zu den sozialdemokratischen Parteien in den EG-Partnerstaaten gewachsen, hat sich ihr Zielbild einer künftigen europäischen Gesellschaft von den Vorstellungen des Zentrums entfernt, doch sind sie deswegen dem Prinzip der europäischen Einigung nicht untreu geworden. Im Gegenteil: Mitterrand drängt überall, in der eigenen Partei, im Kreis der Sozialistischen Internationale, selbst in Moskau, auf einen raschen Ausbau der EG, nicht nur, weil «ein Auseinanderbrechen der Gemeinschaft unser Land ärmer machen, es isolieren und damit den Marsch zum Sozialismus erschweren, wenn nicht verunmöglichen würde», sondern vor allem, weil «man dem Vordringen des Superkapitalismus nicht ohne die Schaffung einer politischen Macht der gleichen Grössenordnung begegnen kann.» Gemeinsame Inflationsbekämpfung der Neun, Schaffung einer gemeinsamen Rechnungseinheit und eines EG-Währungs-Reservefonds, Förderung einer selbständigen europäischen Technologie, gemeinsame Kontrolle der multinationalen Unternehmen, Schaffung europäischer öffentlicher Unternehmen, Angleichung des sozialen Sicherheitssystems und der Regionalentwicklung, Direktwahl und Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments, Überwindung des Bilateralismus in den Beziehungen europäischer Partnerstaaten zu Drittstaaten, insbesondere zu den USA, so lauten die kurz- und mittelfristigen Zielsetzungen des Kampfes für ein «sozialistisches Europa»[12].

Wächst unter den Gaullisten und Kommunisten die Einsicht, dass Unabhängigkeit nur noch im europäischen Rahmen zu haben sein wird und eine Stärkung der Gemeinschaftsorgane voraussetzt, so erkennen und befürworten die Anwälte eines starken Europas in zunehmendem Masse, dass ein Ausbau der Gemeinschaft eine grössere Selbständigkeit zur Folge haben wird, auch und gerade gegenüber den USA. Am entschiedensten haben sich die Sozialisten vom Atlantismus der fünfziger Jahre abgewandt; ihr Ziel ist ein «von beiden Supermächten unabhängiges, aber nach Osten wie nach Westen offenes Europa.» Der antiamerikanische Akzent des Europakonzepts der Sozialisten erklärt sich aus ihrer Einschätzung der Gefahren, die einem Frankreich drohen würden, das das sozialistische Programm verwirklicht: Vor einer militärischen Bedrohung durch die UdSSR wäre es

durch die NATO hinreichend geschützt, vor wirtschaftlichen und politischen Interventionen der USA dagegen nicht. «Der Aufbau Europas erscheint für unser Land als die beste Möglichkeit, dem Imperialismus zu widerstehen.» Aber auch im Lager der Unabhängigen und Reformatoren distanziert man sich von der Neigung der übrigen EG-Partner, im Zweifelsfalle europäische Interessen der special relationship zu den USA unterzuordnen; Europa wird zum «Mittel, in der atlantischen Allianz ein Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten zu schaffen[13]». Eine Rückkehr in die militärische Organisation der NATO findet in Frankreich kaum mehr Befürworter, eine Stärkung der EG dagegen um so mehr.

Neue Hindernisse

Dem endgültigen Abschied vom aussenpolitischen Gaullismus stellen sich jedoch neue Hindernisse in den Weg. In der PS wächst die Zahl der Kritiker Mitterrands, die zwar am Ziel eines supranationalen sozialistischen Europas festhalten, aber in jedem Schritt zu weiterer Integration beim gegenwärtigen politischen Kräfteverhältnis ein Hindernis, keine Hilfe auf Frankreichs Weg zum Sozialismus sehen. Für Jean-Pierre Chevènement, Gründer des CERES (Centre d'Etudes, de Recherches et d'Education Socialistes in der PS) und einer der Hauptarchitekten der programmatischen Erneuerung der Partei, sind Giscards Wahl zum Staatspräsidenten und seine Europapolitik Ausdruck einer Restauration der amerikanischen Hegemonie über Westeuropa seit Beginn der siebziger Jahre. In der gegenwärtigen, vorwiegend durch das Profitstreben der multinationalen Unternehmen ausgelösten Wirtschaftskrise des westlichen Systems, so Chevènement, «warten die Bourgeoisien Europas auf die Eindämmung und das Krisenmanagement der Vereinigten Staaten, in Grenzen, die mit dem Erhalt der erworbenen Privilegien und des politischen Gleichgewichts vereinbar sind, welches in Italien, Grossbritannien oder Frankreich immer prekärer wird.» Die europapolitischen Initiativen Giscards haben daher «keinen anderen Sinn, als die europäische Entwicklung in den Grenzen der amerikanischen leadership zu halten»; ein unabhängiges Europa bleibt solange Illusion, wie die Bundesrepublik auf den amerikanischen Atomschutz angewiesen ist[14]. Ähnliche Überlegungen finden sich in der «realistischen» Schule innerhalb der PCF: Die Bourgeoisie, so Marie-Thérèse Goutmann, PCF-Abgeordnete im Strassburger Parlament, will angesichts des drohenden Siegs der Linksunion «mit allen Mitteln versuchen, das französische Volk an einer Demokratisierung seiner eigenen Institutionen zu hindern ...; deswegen drängt Giscard d'Estaing auf die Erneuerung des Europas der Monopole und die Wahl zum Europäischen Parlament[15].»

Im Unterschied zu Mitterrand schätzen diese Gaullo-Sozialisten, die innerhalb der PS zwar zahlenmässig eine Minderheit bilden und sich unter der Perspektive eines nahen Wahlsiegs der Parteidisziplin unterordnen, aber in der nachwachsenden jüngeren Führungsgeneration mehr und mehr Schlüsselstellungen einnehmen, die Ausstrahlungskraft eines sozialistischen Experiments in Frankreich auf die europäischen Partner pessimistisch ein, sehen sie in den konservativen und sozialdemokratischen Regierungen Westeuropas nicht potentielle Partner, sondern Gegner im Kampf für ein Europa, dessen gesellschaftliche Struktur sich den Massstäben des Sozialismus nähert. Parteitaktische Überlegungen verstärken diese Bedenken: Die Kommunisten, die schon in der französischen Linksunion den Verlust der Position der stärksten Partei der Linken haben hinnehmen müssen, fürchten in einem sozialistischen Europa noch mehr zugunsten der Sozialisten ins Hintertreffen zu geraten; die Strategen des CERES wissen ihr Programm und ihre Position in der PS von der Schaffung einer möglichst engen und konfliktfreien Union mit den Kommunisten abhängig. Der neue instrumentale Nationalismus, der aus diesen Überlegungen folgt, mag die Realisierungschancen sozialistischer Programme in Frankreichs Partnerstaaten realistischer einschätzen als der Mitterrandsche Optimismus; er läuft jedoch Gefahr, ebenfalls in einen originären Nationalismus umzuschlagen, der die ohnehin eher bescheidenen Ansätze zu einer gemeinsamen Strategie der Linken auf europäischer Ebene erstickt und damit nicht nur den Ausbau der Europäischen Gemeinschaft, sondern auch jeden tatsächlichen Fortschritt in der Verwirklichung des Sozialismus-Konzepts dieser Fraktion der Linken blockiert.

Parteipolitische Überlegungen stellen sich allerdings auch in der Regierungsmehrheit einem deutlichen Eintreten für eine stärkere EG entgegen. Giscards Versuch, für den Wählerwunsch nach Wandel ohne Risiko, der ihm im Mai 1974 die Präsidentschaft gebracht hatte, eine politische Mehrheit in den Parteien zu finden und damit eine stabile Grundlage für sein Septennat zu schaffen, ist gescheitert. Zwischen Gaullisten einerseits und Unabhängigen Republikanern und Reformatoren andererseits ist ein Kräftegleichgewicht entstanden, das eine zügige Inangriffnahme des im Präsidentschaftswahlkampf angekündigten Reformprogramms nicht erlaubt. Die Sozialisten haben sich allen Offerten des Präsidenten widersetzt, mit dem reformorientierten Teil der Majorité eine neue «sozialliberale» Regierungsmehrheit zu bilden, und sind heute unter den permanenten Verdächtigungen der Kommunisten und dem sichtlichen Erfolg ihrer Strategie stärker und geschlossener denn je auf die Linksunion eingeschworen; die Polarisierung der beiden Frankreich hält unvermindert an[16]. Vom Ausbleiben eines mehr als formalen Changement enttäuscht, wandert ein wachsender

Teil der Giscard-Wähler von 1974 in das Lager Mitterrands – und verringert damit den Spielraum Giscards noch mehr. Vom Ergebnis der Kantonalwahlen vom März 1976 alarmiert – auf etwaige vorzeitige Parlamentswahlen hochgerechnet, bedeuteten sie bei 30% sozialistischem und 21% kommunistischem Stimmenanteil eine eindeutige Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament[17] – entschloss sich der Präsident zu einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners im Regierungslager, die eine neue Geschlossenheit der Majorité herstellen und damit ein weiteres Abwandern ihrer Wählerschaft verhindern soll.

Die Wende Giscards zum «Elektoralismus», bekräftigt durch die Ernennung Premierminister Chiracs zum Koordinator aller Regierungsparteien und die Berufung des Pompidou-Intimus Pierre Juillet zum Berater Chiracs, bedeutet in der Europapolitik grössere Rücksichtnahme auf die Empfindungen der Altgaullisten, deren Stimmen unter Umständen wahlentscheidend sein könnten, und Einschränkung der verdeckten aussenpolitischen Zusammenarbeit Giscards mit den Sozialisten, die nun statt der Kommunisten Hauptadressaten der Attacken des Regierungslagers geworden sind. Unter dem Eindruck des drohenden Verlustes der Regierungsmehrheit liess Chirac im Exekutivbüro der UDR ein Amendement Debrés und Sanguinettis passieren, das die Zustimmung zur europäischen Direktwahl von Bedingungen abhängig macht, die 1978 unmöglich erfüllt sein können; Giscard verweigerte in Nizza Bundeskanzler Schmidt die zuvor schon als sicher geltende Zustimmung zur Stärkung der Position des Brüsseler Kommissions-Präsidenten; die Bedeutung der Direktwahl zum Strassburger Parlament sucht er seither herunterzuspielen.

Nötig: eine europäische Innenpolitik

Frankreichs Abschied vom aussenpolitischen Gaullismus hat also begonnen, und er wird fortgesetzt werden, unabhängig davon, ob künftig ein Präsident Giscard d'Estaing oder ein Ministerpräsident Mitterrand die Richtlinien der Politik bestimmen wird. Offen bleibt freilich, ob angesichts der sich abzeichnenden neuen Hindernisse das Tempo des begonnenen Changements hinreichen wird, um ein Auseinanderfallen der Europäischen Gemeinschaft mangels Ausbaus zu verhindern.

Nur eines ist sicher: Das Tempo des Wandels der französischen Europapolitik hängt nicht zuletzt vom Verhalten der politischen Kräfte in den EG-Partnerstaaten ab, auch der deutschen. Wenn der beginnende Realismus in UDR und PCF gestärkt werden soll, wenn die nationalistischen Warnungen vor einer deutsch-amerikanischen Dominanz ad absurdum geführt werden sollen, wenn die «sozialliberale» Zusammenarbeit in der französi-

schen Europapolitik trotz der Verhärtung der innenpolitischen Fronten fortgesetzt werden soll, dann dürfen die politischen Gruppen in der Bundesrepublik das deutsch-französische Gespräch nicht Giscard und Schmidt allein überlassen. Eine Intensivierung der Kommunikation und Kooperation verwandter Gruppen über die Grenzen hinweg ist Voraussetzung für ein stärkeres Bewusstwerden der gemeinsamen Interessen – nationenübergreifender Gruppeninteressen in der Auseinandersetzung um das Gesellschaftsmodell, das die Binnenstruktur eines Vereinten Europas bestimmen wird, und des europäischen Gesamtinteresses an Selbstbestimmung.

[1] Zitate: (1) Debré, Die Zeit 27. 2. 1976; (2) (3) Sanguinetti, Le Monde 3. 2. 1976; (4) Sanguinetti, Le Monde 17. 2. 1976; (5) (6) Sanguinetti, Le Nouvel Observateur 8. 3. 1976; (7) Debré, Die Zeit 27. 2. 1976; (8) Debré, Le Nouvel Observateur 8. 12. 1975. – [2] Michel Jobert: L'autre regard, Paris (Grasset) 1976, Zitat S. 346; ergänzend La lettre de Michel Jobert, Januar 1976. – [3] Zitate: (1) (2) Le Monde 10. 2. 1976; (3) Le Monde 17. 2. 1976; (4) Le Monde 20. 1. 1976. – [4] Jean Daniel: Une certaine image de la France, Le Nouvel Observateur 23. 2. 1976. – [5] Léon Blum: De Gaulle protégé par Staline, Le Populaire 4./5. 11. 1948; L'Oeuvre de Léon Blum, Bd. VII, Paris (Albin Michel) 1963, S. 242–244. – [6] Jean Kanapa: Les communistes français et l'internationalisme prolétarien, France nouvelle 29. 3. 1976. – [7] Wähler: Umfrage der SOFRES, veröffentlicht in Dernières Nouvelles (Strasbourg) 29. 1. 1976. UDR-Mitglieder: Vertrauliche Umfrage im Auftrag Chiracs, laut Le Point 2. 2. 1976. – [8] Programme commun de gouvernement, Paris (Editions sociales) 1972, S. 177; Le socialisme pour la France, Document adopté au 22e congrès du P.C.F., Paris (Editions sociales) 1976, S. 181. – [9] Albin Chalandon: Pour une défense européenne, Le Monde 15. 1. 1976. – [10] Nouveau manifeste pour l'indépendance de l'Europe, Text in Le Monde 21. 1. 1976. – Olivier Guichards Programmschrift: Un chemin tranquille, Paris (Flammarion) 1975, ist voll von nostalgischen Erinnerungen an die «Begegnung mit Frankreich», «das unser Handeln inspiriert, indem es zu unseren Herzen spricht» (S. 176, 174); ein aussenpolitisches Konzept wird daraus freilich nicht mehr – oder noch nicht – abgeleitet. – [11] Michel Poniatowski: Conduire le changement: Essai sur le pouvoir, Paris (Fayard) 1975, Zitate S. 200f. und 195. – [12] Zitate: (1) Pressekonferenz Mitterrands 6. 4. 1976, L'Unité 9. 4. 1976; (2) (3) Pour une Europe en marche vers le socialisme, Entschliessung des Europakongresses der PS 15./16. 12. 1973, Le poing et la rose, Suppl. au n° 23, Dezember 1973. – Ausführlicher hierzu Jacques Huntzinger: Die aussenpolitischen Konzeptionen der Sozialistischen Partei Frankreichs, Europa-Archiv 30 (1975), S. 293–404. – [13] Zitate: (1) Gaston Defferre, Interview mit Le Nouvel Observateur 8. 3. 1976; (2) Pour un socialisme libérateur, un parti socialiste dynamique et responsable, Entschliessung des PS-Kongresses von Grenoble 22.–24. 6. 1973, Le Monde 26. 6. 1973; (3) Jean Lecanuet, Interview mit Antenne 2, 4. 2. 1976. – [14] Jean-Pierre Chevènement: Le vieux, la crise, le neuf, Paris (Flammarion) 1974, Zitate S. 73f. – [15] Charles Haroche, Marie-Thérèse Goutmann, Jacques Denis, Daniel Debatisse: Europe, l'alibi électoral, France nouvelle 15. 3. 1976. – [16] Ausführlicher hierzu Wilfried Loth: Innenpolitische Voraussetzungen französischer Europapolitik, Frankfurter Hefte 31 (1976), S. 7–17. – [17] Jacques Ozouf: Un parlement de rêve, Enquête der SOFRES, Le Nouvel Observateur 15. 3. 1976.